Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Montag, den 17. Februar 1879. Nr. 80.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

54. Sitzung vom 15 Februar.

Präsident v. Bennigsen eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Am Ministertische: Graf zu Eulenburg und einige Regierungs-Kommissare.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein Schreiben des Handelsministers Maybach verlesen, in welchem dieser ersucht, die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betr. den Ankauf der Homburger Bahn, von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, da er in kürzester Frist in der Lage sei, dem Hause auf diese Bahn bezügliches technisches Material zugehen zu lassen.

Dieser Gegenstand wird demgemäß zurückgestellt.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Ausführung der deutschen Civilprozeßordnung, wird nach kurzen Bemerkungen der Abgg. Krech, Löwenstein und Witte in der vom Herrenhause in wenigen Punkten veränderten Fassung en bloc angenommen.

In der Schiedsmannsordnung hat das Herrenhaus nur eine redaktionelle Verbesserung vorgenommen, welcher das Abgeordnetenhaus seine formelle Zustimmung ohne Weiteres ertheilt.

Ebenso wird der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Wegegesetze im Regierungsbezirke Kassel, nach kurzer Generaldebatte in zweiter Lesung en bloc nach den Beschlüssen des andern Hauses angenommen.

Es folgt die Berathung des vom Herrenhause in unveränderter Fassung an das Abgeordnetenhaus zurückgelangten Gesetzes über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst. An die Stelle der früheren Beschlüsse des Abgeordnetenhauses über die Qualifikationsbedingungen für die Anstellung der Landräthe hat das Herrenhaus folgende Bestimmung angenommen:

„Ueber die Besetzung der Stellen der Landräthe, Kreis- und Amtshauptmänner und Oberamtmänner in den hohenzollernschen Landen und über die für diese Stellen erforderliche Befähigung ergeht ein besonderes Gesetz. Bis zum Erlaß dieses Gesetzes bleiben die bestehenden Bestimmungen in Kraft. Sofern jedoch dieses Gesetz nicht bis zum 1. Januar 1884 erlassen ist, können von diesem Zeitpunkte ab nur solche Personen zu den im Absatz 1 bezeichneten Stellen berufen werden, welche die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst oder für den höheren Justizdienst erlangt haben."

Abg. Petri beantragt, unterstützt von den nassauischen Abgeordneten, im ersten Satze neben den Landräthen auch die Amtmänner in dem vormaligen Herzogthum Nassau aufzunehmen. Nassau hat gewissermaßen die Diktaturperiode noch nicht ganz hinter sich, es entbehrt der Vertretung im Herrenhause und hat also dort für seine Bedürfnisse auch kein rechtes Verständniß gefunden. Die Verhältnisse sind aber geradezu unerträglich geworden; man hat in neuester Zeit sogar einen ehrengerichtlich aus der Armee entfernten Offizier einem Kreise als Amtmann oktroyirt; ja man geht soweit, Militäranwärtern, gänzlich ungeprüften und ungenügend vorgebildeten Persönlichkeiten, diese wichtigen Aemter anzuvertrauen. Solchen Kalamitäten muß ein Ende gemacht werden; wir kommen mit unseren Klagen und Bitten erst dann, wenn das Maß übergelaufen ist — und es ist übergelaufen.

Abg. Lieber schließt sich diesen Ausführungen an und konstatirt, daß die nassauischen Amtmänner früher mindestens die gleiche Bedeutung hatten und noch haben, wie die Landräthe in den alten Provinzen. Gleichwohl setzte die preußische Regierung die Landräthe als Vorgesetzte der Amtmänner ein, ohne die Kompetenzen irgendwie zu regeln.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich muß zugeben, daß bei der Auswahl der Amtsmänner für Nassau nicht immer glücklich gegriffen worden ist; wo aber ein solcher Mißgriff stattgefunden hat, ist man stets eifrig bemüht gewesen, ihn wieder zu beseitigen. Von solchen Umständen aber Rückschlüsse auf die rechtliche Natur der ganzen Institution zu machen, ist sehr bedenklich. Die Einrichtung in Nassau ist allerdings weit entfernt, eine vollkommene oder auch nur besonders wünschenswerth zu sein. Indessen haben sich die Friktionen und Schwierigkeiten im Laufe der Zeit wesentlich vermindert, und das Verhältniß hat sich jetzt so gestaltet, daß Landräthe und Amtmänner ihre Funktionen versehen, ohne mit einander in Collision zu kommen. Die Behauptung, daß schlechterdings heute noch die Forderung der richterlichen Qualifikation für die Amtmänner zu recht besteht, ist nach meiner innersten Ueberzeugung irrthümlich. Die äußere Gleichstellung der Amtmänner mit den Kreisrichtern kann doch nicht ohne Weiteres dieselbe Qualifikation für beide voraussetzen. Aus allen den Gründen bitte ich Sie um Ablehnung des Antrages. Das Herrenhaus würde eher die ganze Vorlage scheitern lassen, als diesem Amendement zuzustimmen.

Abg. Freiherr v. Heereman geht nunmehr auf die weitere und größere Aenderung, die das Herrenhaus getroffen, über. Der Zusatz zu § 16, daß, wenn das in Aussicht genommene Gesetz bis zum Jahre 1884 nicht erlassen sein sollte, dann die Bestimmungen des Gesetzes über den höheren Verwaltungsdienst Anwendung finden sollen, sei eine bedenkliche und zweischneidige Waffe. Das Gesetz sei mit diesem Zusatz schlechter als die Regierungsvorlage; man sei damit in eine eigenthümliche Zwangslage gerathen. Der Landrath müsse aus dem Kreise angehörigen Personen entnommen werden. Dieselben müßten mit den lokalen Verhältnissen des Kreises vollkommen vertraut sein, der Landrath solle nicht blos Beamter, sondern Vertreter des Kreises sein. Ein Landrath dürfe seine Stelle nicht als Durchgangsposten betrachten. Wenn das in Aussicht genommene Gesetz nicht zu Stande komme, dann würden alle diese Voraussetzungen fortfallen. Jetzt bleibe allerdings nichts anderes übrig, als den Herrenhausbeschlüssen zuzustimmen. Der Minister müsse aber vorher den Gegenstand völlig klarstellen.

Abg. Windthorst (Bielefeld) bittet, die Vorlage unverändert nach den Beschlüssen des Herrenhauses anzunehmen. Wir wollen alle das Zustandekommen des Gesetzes; der Herr Minister des Innern hat aber klar ausgesprochen, daß dasselbe durch Annahme des Amendements scheitern würde. Darum bitte ich, dieses abzulehnen.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Die Regierung ist mit der großen Mehrheit des Hauses der Ansicht, daß es nöthig ist, die Bedingungen der Qualifikation für den Landrathsposten zu verschärfen. Dem Zusatze, den das Herrenhaus gemacht hat, hat aber die Regierung doch zugestimmt, weil sie nach vieler Verhandlungen die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß nur dieser Weg zu einer Verständigung führe, und daß nur in dieser Weise das Zustandekommen des Gesetzes gesichert sei. Darum bitte ich, das Amendement abzulehnen.

In der Spezialdebatte werden die §§ 1—15 ohne Debatte genehmigt.

Bei § 16 klagt Abg. Hundt v. Hafften über die Besetzung der Landrathsämter in der Provinz Posen, wo vorzugsweise „Streber", wie die Herren Knoblauch, Massenbach und Dziembowski angestellt würden, welche diese Aemter nur als Durchgangsposten für den höheren diplomatischen Dienst betrachteten und den Kreis kompromittiren.

Abg. v. Willamowitz-Möllendorf: Das Haus werde sich wahrscheinlich wundern, wenn er auf solche Angriffe antworte. Die Ausführungen des Vorredners fänden ohnedies im Hause stets die richtige Würdigung. Derselbe habe aber öffentlich Namen zweier ihm bekannter Personen genannt, er könne deshalb die Bemerkungen nicht unerwidert lassen. Es sei jedenfalls nicht sehr geschmackvoll, mit Personalien allernächster Art hervorzutreten. Er (Redner) kenne die Herren von Knoblauch und von Massenbach als höchst ehrenwerthe Männer, die ihr Amt mit der größten Gewissenhaftigkeit verwalten. Er müsse deshalb jene Angriffe gegen diese Herren als ungerechtfertigt zurückweisen.

Abg. Richter-Hagen will sich in diesen Streit der Herren Konservativen nicht einmischen. Was im Uebrigen die Frage wegen Befähigung zum Landrathsamte anlangt, so hält Redner daran fest, daß bei der künftigen definitiven Regelung von der Forderung der allgemeinen wissenschaftlichen Bildung nicht abgegangen werden darf.

Das Haus lehnt den Antrag Petri ab und genehmigt die Vorlage nach den Beschlüssen des Herrenhauses.

Es folgt der Bericht der Budgetkommission über den Antrag des Abg. Frhrn. v. Huene zu der Denkschrift über die Staatsbauten in Berlin und Potsdam in dem Ressort des Ministeriums der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten.

Der Berichterstatter Dr. Dohrn befürwortet den folgenden Antrag der Budgetkommission:

1) unter Ablehnung des Antrages des Abgeordneten v. Huene die Verwendung des Grundstücks in der Behrenstraße Nr. 72 zu den Zwecken des Kultusministeriums zu genehmigen, unter der bestimmten Voraussetzung, daß die Beschaffung anderer Geschäftsräume für das Staatsministerium ohne neue Belastung des Staates für Grundstückserwerb erfolgen kann,

2) die Denkschrift im Uebrigen durch Kenntnißnahme für erledigt zu erklären. Abg. Freiherr v. Huene hatte beantragt, die Verwendung des Grundstücks Behrenstraße Nr. 72 zu dem Neubau des Kultusministeriums vorläufig abzulehnen und die Bewilligung in der nächsten Session von der Vorlegung besserer Pläne und genauerer Anschläge abhängig zu machen.

Das Haus schließt sich nach längerer Debatte, in welcher sich die Abgg. Kieschke und Virchow für den Kommissionsantrag, die Abgg. Frhr. v. Huene und Frhr. v. Heereman gegen denselben ausgesprochen, dem Antrage der Kommission an.

Bezüglich der allgemeinen Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1875, sowie der Rechnung über die Fonds des ehemaligen Staatsschatzes für dasselbe Jahr und der Uebersicht von den Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres vom 1. April 1877—78 mit dem Nachweise der Etatsüberschreitungen werden die Anträge der Rechnungskommission, der Königlichen Staatsregierung Decharge zu ertheilen, genehmigt.

Schluß 2 Uhr.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr.

Tagesordnung: Vom Herrenhause veränderte Gesetze.

Deutschland.

** Berlin, 15. Februar. Ebenso wie die neulichen Gerüchte über in einer Sitzung des Staatsministeriums hervorgetretene Differenzen sind auch die Behauptungen über lebhafte Erörterungen zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Minister Maybach in Betreff der Haltung des Letzteren bei der Debatte über das inzwischen aufgehobene Verbot der „Frankf. Ztg." gänzlich grundlos. Die Angelegenheit der „Frankf. Ztg." ist zwischen den beiden Staatsmännern nicht einmal zur Sprache gekommen. Auch das ist ohne Begründung, was von einer Empfindlichkeit des Handelsministers wegen einer Betheiligung des Generalpostmeisters an der Eisenbahntariffrage erzählt wird. Eine solche Empfindlichkeit war dadurch ausgeschlossen, daß die Hinzuziehung des Generalpostmeisters Seitens des Reichskanzlers auf einem vorgängigen Einverständniß mit dem Handelsminister beruhte.

Ausland.

Paris, 15. Februar. Am nächsten Mittwoch wird die deutsche Botschaft eine große Abendgesellschaft geben, auf welcher auch der Präsident Grevy mit seiner Gemahlin erscheinen wird. Gestern machte Frau Grevy der Fürstin Hohenlohe ihren Besuch, nachdem sie vorher Frau Waddington besucht hatte. Bei dieser traf sie die Herzogin von Magenta, mit der sie sich eine halbe Stunde unterhielt und von der sie über verschiedene Gegenstände in Betreff des Elysee Aufschluß erhielt.

Präsident Grevy besuchte heute mit dem Ackerbauminister die Ausstellung des Schlachtviehes.

Der „Var" ging heute von Brest mit Truppen nach Neukaledonien ab.

Der Prüfungsausschuß für die Amnestievorlage vernahm heute die Deputirten der Departements Saone und Loire über den Prozeß der geheimen Gesellschaft vom Jahre 1874 und die Deputirten des Departements der Rhonemündungen über die Marseiller Zustände. Der Ausschuß wird heute die endgültige Abfassung des Berichts über die Amnestievorlage beschließen und denselben am Montag der Kammer vorlegen. Die gesammte Rechte ist entschlossen, gegen die Regierungsvorlage zu stimmen. Die Verhandlungen der Rechten mit der äußersten Linken wegen einer gemeinsamen Verwerfung der Vorlage sind gescheitert; die Annahme der Vorlage gilt, wenn sich dies bestätigt, für gewiß. Heute berieth der Ministerrath im Elysee das Amnestiegesetz und nahm die Amendements des Kammerausschusses in Betreff der Vorgänge bei dem Marseiller Aufstande von 1871 und der Vorgänge in den Ostpyrenäen an, dagegen will die Regierung diejenigen, welche am Pariser Aufstande vom 31. Oktober 1870 Theil nahmen, nicht in die Amnestie einschließen. Der Ministerrath beschäftigte sich auch mit der Bewilligung des Pariser Gemeinderaths von 100,000 Francs für die Begnadigten, faßte jedoch keinen Beschluß.

Rom, 13. Februar. Die Einigung der Rechten unter Sella hat zunächst den Erfolg gehabt, daß auch die Linke den Versuch machen will, ihre inneren Spaltungen zu überwinden und sich zu einem festeren Ganzen zusammenzuschließen. Es hat zu dem Ende vorerst die Gruppe Cairoli ihren Fraktionsvorstand beauftragt, Unterhandlungen mit den Anhängern Crispi's und Ricasoli's einzuleiten, und es wurden viele fromme Wünsche laut, daß persönlicher Zwiespalt vergessen werden müsse vor den gemeinschaftlichen Bedürfnissen der liberalen Partei. Indessen gerade persönlicher Zwiespalt spielt die erste Rolle, während die prinzipiellen Gegensätze zwischen den fraglichen Gruppen verschwindend klein sind, und sie werden sich allem Anschein nach nicht so ganz leicht aus dem Wege schaffen lassen.

Die toskanischen Abgeordneten bilden eine Gruppe für sich in der Angelegenheit der Unterstützung von Florenz. Es stellt sich immer mehr heraus, daß ihre Aussichten, eine namhafte Unterstützung für die Exhauptstadt zu erlangen, gering sind. Die Mehrheit der Kommission hat sich allerdings dem Regierungsentwurf, der 50 Millionen bewilligen will, angeschlossen, aber die Minderheit der Kommission tritt mit einem Gegenvorschlag auf, der erklärt: „Die außerordentlichen Auslagen, welche die Stadt Florenz im Interesse Italiens gemacht hat, sind zum Theil ordnungswidrig, zum Theil berechtigt gewesen. Für die ersteren hat der Staat nicht aufzukommen und die letzteren sind bereits besetzt." Der Schluß, daß nichts zu gewähren sei, findet viele Anhänger.

Eine freie parlamentarische Kommission mit Seismit Doda an der Spitze ist zusammengetreten, um die Nachforderungen des Kriegsministers vom Standpunkte der Linken aus zu untersuchen.

Provinzielles.

Stettin, 17. Februar. Nachdem bisher aus unserer Provinz, und zwar seitens der landwirthschaftlichen Vereine zu Cöslin, Neustettin und des Saatziger Kreises, Zustimmungsadressen an den Reichskanzler, Fürsten Bismarck, in Betreff seiner neuesten Finanz- und Zollpolitik abgesendet worden sind, wird sich auch der hiesige Zweigverein der pommerschen ökonomischen Gesellschaft in seiner übermorgenden Sitzung mit dem Antrage auf Erlaß einer Zustimmungs-Adresse beschäftigen.

— Der Vorstand einer Synagogengemeinde hatte bei dem Minister des Innern darüber Beschwerde geführt, daß die jüdischen Mitglieder der Civilgemeinde für verpflichtet erachtet worden seien, zu den Kosten der Unterhaltung bezw. Vergrößerung des Kommunal-Friedhofes beizutragen. Der Minister hat diese Beschwerde für begründet nicht erachtet. Da der gedachte Todtenhof als eine kommunale Anstalt bestehe, so sei die Unterhaltung und im Bedürfnißfall die Vergrößerung desselben als eine Gemeindelast anzusehen, zu welcher sämmtliche Mitglieder der Gemeinde ohne Rücksicht auf die Konfession beizutragen haben.

— Gestern Morgen verstarb nach längerer Krankheit der königliche Polizei-Kommissarius Vogler. Durch seltene Pflichttreue, verbunden mit Humanität, erwarb sich der Verstorbene bei seinen Vorgesetzten wie Untergebenen Achtung und Liebe und erregt sein Hinscheiden in den weitesten Kreisen tiefe Trauer.

— Am Sonnabend fand die zweite Versammlung der Vorstände der hiesigen Gewerke wegen Neubildung von Innungen statt und waren auch diesmal wieder zahlreiche Gewerke vertreten. Herr Klempnermeister C. Schmidt erklärt, daß er die Wahl zum Komité-Mitglied nur wegen Mangel an Zeit abgelehnt und aus gleichem Grunde auch die erste Versammlung vor Schluß verlassen habe; derselbe empfiehlt dem Komité ein von ihm ausgearbeitetes Statut zur Berücksichtigung. Herr Schuhmachermeister Schwarz referirte über das von dem Herrn Abg. Miquel empfohlene Osnabrücker Statut, dasselbe scheint ihm nicht für jedes Gewerk annehmbar. Herr Malermeister Dittmer spricht wiederum warm für die Errichtung von Fachschulen, damit vor Allem eine gründliche Bildung der Lehrlinge erreicht wird, auch wäre es erwünscht,

daß die eigenen Söhne wieder zur Erlernung eines Handwerks angehalten würden und nicht wie dies jetzt üblich, die Lehrlinge „aus der Hefe des Volkes" rekrutirt würden, dadurch könnte nur wieder ein gebildeter Handwerkerstand entstehen. Nach verschiedenen Debatten ergriff zum Schluß Herr Rathszimmermeister Kämmerling das Wort und empfahl, damit die Versammlung nicht ganz resultatlos auseinanderginge, die Annahme einer Resolution, über welche aber erst in einer demnächst stattfindenden Versammlung Beschluß gefaßt werden wird, da die Zeit am Sonnabend schon zu weit vorgerückt war.

— Gestern feierte der „Schützenverein der hiesigen Buchdruckergehilfen" unter äußerst zahlreicher Betheiligung im Waad'schen Lokale zu Grabow a. O. sein „Wintervergnügen". Besondere Anerkennung aus den Vorträgen des reichhaltigen Festprogramms verdienen die von dem kürzlich erst neu gebildeten Buchdrucker-Gesangverein „Typographia" unter Leitung seines Dirigenten, des Lehrers Herrn Kasten, mit sicherer Präzision vorgetragenen verschiedenen Männerchöre und können wir nur wünschen, daß dieser Chor es sich auch fernerhin ernstlich angelegen sein lassen wird, den Männergesang nach besten Kräften zu pflegen. Kleine hübsche einaktige Theaterstücke, Couplets und Solovorträge füllten den Abend bis zum Beginn der Abendtafel aus, bei der reger Frohsinn und Gemüthlichkeit herrschte und beschloß ein „Kränzchen" die äußerst gemüthliche Feier

— Am 20. Februar d. J. werden in Benau, Kienitz Dorf, Kienitz Amt und Rusen, Regierungs-Bezirk Frankfurt a. O., mit den Ortspostanstalten vereinigte Telegraphen-Betriebsstellen (Fernsprecher) mit beschränktem Tagesdienst eröffnet.

— Am Freitag Abend fiel auf der Lastadie ein Mann in Folge von Krankheit resp. Hunger besinnungslos nieder und mußte mittelst Tragea nach dem Krankenhause gebracht werden. Derselbe war so schwach, daß er nur wenig sprechen konnte, so viel zu verstehen war, nannte er sich Karl Gloege oder Gloede; Wohnung konnte er nicht mehr angeben.

— Am Freitag Nachmittag wurden einem Heiligegeiststraße 8 bei einer Wittwe in Dienst stehenden Mädchen, während sich dasselbe auf kurze Zeit in den Keller des Hauses begeben hatte, aus der Küche Kleidungsstücke im Werthe von 22 Mk. gestohlen. Das Mädchen hatte die Küche verschlossen, den Schlüssel aber in der Thür stecken lassen.

— Am 11. d. M. machte der Handelsmann Friedrich Zinn, 48 Jahr alt, in Grabow a. O., Gießereistraße 23, wohnhaft, mit seiner Frau einen Besuch bei einem auf der Silberwiese wohnenden Schuhmacher. Die Männer entfernten sich in ein in der Nähe gelegenes Schanklokal und begannen Karten zu spielen, Zinn nahm jedoch an dem Spiel nicht Theil, sondern entfernte sich, um wieder zu den Frauen zurückzukehren. Seit dieser Zeit ist derselbe spurlos verschwunden und werden Alle, welche über den Verbleib des Vermißten Auskunft geben können, ersucht, der königlichen Polizei-Direktion gefällige Mittheilung zu machen.

— Ende Juli 1878 fuhr der Droschkenkutscher Johann Friedrich Sabin mit einer zweispännigen Droschke in scharfem Trabe die Zabelsdorferstraße entlang, wo auf dem Fahrdamm mehrere Kinder spielten. Die kleine vierjährige Elise Stahl konnte nicht schnell genug ausweichen und wurde überfahren. In der heutigen Sitzung der Kriminal-Deputation des hiesigen Kreisgerichts war Sabin deshalb wegen fahrlässiger Körperverletzung angeklagt und wurde zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt.

— Zu dem vom Züllchower Männer-Gesang-Verein „Concordia" am Sonnabend in Seidel's Konzertsaal veranstalteten Konzert hatten sich sehr zahlreiche Zuhörer eingefunden, welche den einzelnen Vorträgen mit lebhaftem Interesse folgten. Der Verein, unter Leitung des Herrn Krienke, betrachtet es als eine Hauptaufgabe, bei jedem Konzerte eine größere Komposition zum Vortrag zu bringen; diesmal war es die ansprechende melodramatische Dichtung „Columbus" mit Chören und Orchester von Julius Becker, durch deren Aufführung sich der Verein verdienten Dank erwarb. Die Chöre gelangen vortrefflich und zeugten von dem eifrigen Streben des Dirigenten wie der Sänger. Von den kleineren Gesangsvorträgen erregte besonders ein Walzer, Männerchor von Vogel, lebhaften Beifall und mußte auf Verlangen wiederholt werden. Zur Einleitung des ersten Theiles wurde die Ouverture zu „Preciosa", zur Einleitung des zweiten Theiles die Prometheus-Ouverture von Herrn Musikdirektor Walter unter Mitwirkung seiner Schüler recht brav gespielt, gleichfalls machten sich dieselben durch die sorgfältige Orchesterbegleitung in „Columbus" verdient. Den Schluß des Abends bildete ein Kränzchen, welches die tanzlustige Jugend bis zur Morgenstunde vereint hielt.

Neumark i P., 14. Februar. Unser Superintendent und Kreisschulinspektor, Pastor Zietlow hier, tritt demnächst in den Ruhestand und will zu Pyritz seinen Lebensabend in stiller Sammlung verwerthen. Demselben ist es vergönnt worden, während der fast 23 Jahre seiner diesseitigen Amtszeit eine reich gesegnete Wirksamkeit zu entfalten. Im Glauben wacker und im Bekenntniß standhaft, in der Liebe lebendig und in der Arbeit rüstig, in der Hoffnung besonnen und in der Freudigkeit stark hat er seinem himmlischen Herrn sowie seiner irdischen Obrigkeit mit Treue zu dienen gesucht. Von seinem regen Eifer für Kirche und Staat, Schule und Haus zeugen nicht blos die vielen würdigen Gotteshäuser und Schulanstalten, welche innerhalb der letzten Jahrzehnte in unserer Diözese theils erneuert, theils verbessert sind, sondern auch die häufigen Merkmale der herzlichen Zuneigung, welche dem scheidenden Seelsorger folgen. Nachdem die Geistlichen der Synode ihrem theuren Ephorus die Bildnisse von Luther und Melanchton als ein sinniges Andenken überreicht haben, ist demselben auch von der Kreissynode Colbatz ein schönes Marmorkreuz mit der Inschrift „Die Liebe höret nimmer auf" dargebracht worden. Dazu ist heute eine gar köstliche Feier gekommen. Trotz des ungünstigen Wetters hatten sich 22 Lehrer der Synode aus der Nähe und aus der Ferne hier versammelt, um ihrem väterlichen Freunde den Ausdruck ihrer dankbaren Verehrung zu erkennen zu geben. Als dieselben Psalm 103 V. 1—5 mehrstimmig gesungen hatten, versicherte der tiefgerührte Superintendent die Anwesenden u. A., wie sehr ihm die feste Verbindung wohlthue, welche zwischen dem Dienst der Kirche und der Schule in der Synode bestehe, und daß er vertraue, dies innige Verhältniß werde auch unter ernsteren Wandlungen der Zeit im Segen sich bewähren. Mit einer trefflichen Hymne, deren Text und Melodie der den Chor leitende Kantor Agahd von hier selbst verfaßt hatte, schloß die allen Betheiligten wohl unvergeßliche Feier. Möge das im Gesange wiederholentlich betonte „Gott befohlen!" dem müden Emeritus die Ruhe auf immer versüßen.

Greifswald, 15. Februar. Wir können über die weiteren Aussichten zu der am 7., 8. und 9. März stattfindenden Vogel- und Geflügelausstellung, sowie von kleinen Säugethieren und Fischen nur Günstiges berichten. Sing- und Ziervögel werden in reichen Kollektionen auf die Ausstellung von auswärtigen hervorragenden Züchtern gesandt werden, die sonst anderswohin ihre Züchtungsprodukte nicht versenden. Aber die gute Behandlung und Pflege, welche ihre Lieblinge auf der 1877er Ausstellung hier in Greifswald gefunden haben, lasse, wie gemeldet wird, jegliches Bedenken schwinden. Mit dem Besitzer von 10 Paar Tauben, die derselbe auf der Ausstellung der „Cypria" in Berlin für 3000 Mark käuflich erworben hat, sind Unterhandlungen angeknüpft, damit diese Prachtthiere auch unsere Ausstellung zieren. In die bereits angemeldete Brutmaschine sind in diesen Tagen 100 Eier gelegt worden, und werden aus diesen Eiern während der Ausstellung vor den Augen des schaulustigen Publikums die Küken entschlüpfen. Den Züchtern von Hühnern wird sich die besonders günstige Gelegenheit bieten, Verbindungen für den Verkauf guter Stämme anzuknüpfen; denn wie wir erfahren, haben verschiedene Landherren die Absicht, die Geflügelzucht ihres Hofes aufzubessern und dazu die Ausstellung zu benutzen. Auch die Hunde-Ausstellung verspricht recht gut zu werden. Unser Bezirk ist ja nicht arm an schönen Exemplaren und an Individuen ausgezeichneter Racen. Wir hoffen, daß die Besitzer dieses Sinnbild der Treue zur Freude der Besucher der Ausstellung auf einige Tage entbehren werden. Die Abtheilung Fische mehrt sich ebenfalls, von Aquarien stehen prachtvolle Einrichtungen in Aussicht.

Stadt-Theater.

Dilettanten-Vorstellung.

Wir hatten vor einigen Tagen schon Veranlassung genommen, auf die zum verflossenen Sonntag vom Verein „Gesellschaft der Freunde" im Stadt-Theater arrangirte Wohlthätigkeits-Vorstellung hinzuweisen. Heute unterziehen wir uns der angenehmen Pflicht, diese Aufführung als nach jeder Seite hin gelungen bezeichnen zu müssen. Sorgte das gut besetzte Haus, wie die besondere Opferfreudigkeit eines hiesigen hochgeachteten Mitbürgers für einen hübschen materiellen Erfolg, so lohnte der außerordentliche Fleiß, die hingebende Liebe, mit der Künstler und Dilettant sich der Lösung ihrer gemeinsamen Aufgabe hingaben, das Publikum auf das Reichste und Angenehmste für die freiwillig geopferte Gabe. Sowohl das Langer'sche einaktige Genrebild: „Ein Wort an den Minister", an dem wir zum ersten Male Gelegenheit hatten Herrn Grünberger als geschickten und verständnißvollen Regisseur kennen zu lernen, befriedigte die Ansprüche des dankbaren Auditoriums als auch erfreute die treffliche Darstellung des Drost'schen Einakters: „Eine Tasse Thee" und der Suppé'schen Operette: „Flotte Bursche" ungemein. Die in diesen drei Stücken wirkenden Dilettanten sind uns von früheren Vorstellungen her noch recht gut bekannt und bekundeten auf's Neue ihr hübsches Talent. So der Darsteller des „Fürst Kaunitz", der zum Beweise seiner Vielseitigkeit im zweiten Stücke den „Camouflet" gab. Beide Rollen hatten sich in seinen Händen einer liebevollen Aufnahme zu erfreuen. Mit durchaus gerechtem Erfolg standen ihm in: „Ein Wort an den Minister" die Darsteller des „Lafleur", des „Hansl" und des „Lorenz" zur Seite. Frl. Picker und Herr Grünberger hatten hierin ihre Mitwirkung zugesagt und geleistet und entzückte Frl. Picker durch ihre reizende Darstellung der „Nettl", so bekundete Herr Grünberger durch die vortreffliche, fein ausgearbeitete Wiedergabe des Salomon Oppenheimer wiederum sein außerordentliches Talent. Im zweiten Stück gefiel der Darsteller des Henri Villedeuil, ein Dilettant, dem es gelang, im Zusammenspiel mit Frl. Friedhoff, der wir eine hübsche Wiedergabe der „Hermance" zu verdanken hatten, seine Sicherheit zu bewahren. Wie seiner Zeit im Bellevue-Theater, so hatte sich auch am Sonntag die Aufführung von „Flotte Bursche" einer überaus warmen Aufnahme zu erfreuen. Der Darsteller des „Fleck", Herr Schaller, ein Dilettant von hoher Begabung und vorzüglicher Routine, wurde vom Publikum mit großem Beifall empfangen, der seine brillante Leistung auch bis zum Schluß begleitete. Ebenso zeichnete sich der Vertreter des „Geier" durch sein charakteristisches, fein nüancirtes Spiel aus. Auch die übrigen Dilettanten, besonders der Repräsentant des Wirths, fanden reiche Anerkennung ihres trefflichen Spiels. Von Künstlerseite betheiligten sich mit großem Erfolg Frl. Adolphi, die als Student Frinke eine ganz wunderhübsche Leistung bot, Frl. Trousil, deren italienische Arie nicht ohne Wirkung blieb, Frl. Baldamus, welche ein recht nettes Lieschen abgab, und Herr Lißmann, der, gut bei Stimme, seine Aufgabe als Anton gefällig löste. Der Studentenchor, der nur aus Dilettanten bestand, entwickelte ein lebhaftes, lustiges Treiben und fand sich mit den Gesängen durchaus geschickt ab, ein Resultat, das wohl besonders der großen Liebe zuzuschreiben ist, mit der sich der Dirigent, Herr Riecke, dem Einstudiren derselben unterzogen hatte.

So verlief dieser interessante Theater-Nachmittag in höchst zufriedenstellender Weise und gebührt sämmtlichen Darstellern, besonders aber dem Vorstande der „Gesellschaft der Freunde", der öffentliche wärmste Dank, daß sie sich einer so guten Sache, wie der hiesigen Volksküchen, angenommen hatten.

—s—

Vermischtes.

— (Pädagogische Ansichten.) Mr. Robert Lowe, der ehemalige englische Schatzkanzler, hat bei einer Preisvertheilung in der „School of Art" zu Croydon eine lange Rede pädagogischen Inhalts gehalten. Die Erziehung eines Menschen, der nicht die Elemente des Zeichnens erworben, sei eine mangelhafte zu nennen — so äußerte sich der Redner. Unter anderen Vorzügen jener Kunst sei der zu nennen, daß sie die Beobachtung so sehr schärfe. Redner gesteht frei, in seiner Jugend nicht in jener Kunst unterrichtet worden zu sein, daher er jetzt über dieselbe wenig sagen könne. Statt dessen will er einige Winke geben über die Studien im Allgemeinen — Winke, die vielleicht deshalb nützen könnten, da auch er seinen eigenen Lebenskampf zu kämpfen gehabt habe. Der erste Rath laute wie der Salomo's: Was Du thust, das thue mit ganzer Kraft. Für Mußestunden sei nichts besser als gute Lektüre. Das mache unabhängig und gleiche selbst Standesunterschiede aus. Ein Peer und ein Bauer können z. B. in gleicher Weise an Scott's Romanen Freude haben. Ein fast unbegrenztes Feld liege vor denen, die sich an guten Büchern erfreuen. Das Unterrichtetwerden sei nichts im Vergleiche zu dem Selbstunterricht. Ein einziges Buch über einen Gegenstand zweimal zu lesen, nütze mehr, als zwei Bücher einmal. Er, der Redner, wolle also vor oberflächlichem Lesen warnen. Ferner warnt Mr. Lowe vor metaphysischer Lektüre und empfiehlt die Erlernung fremder Sprachen. Ich würde Ihnen aber nicht rathen, sich von Lehrern fremder Sprachen abhängig zu machen. Können Sie sich die Mittel verschaffen, so gehen Sie in das Land und lernen die Sprache, nicht als eine todte, sondern als eine lebende Sache, so daß Sie fähig werden, nicht nur die Literatur zu genießen, sondern das Volk zu verstehen und mit dem Volke zu reden. Redner berührt dann noch die Frage, ob nicht, wie Einige meinten, die todten Sprachen größere Bedeutung hätten, als die lebenden. Salomo zwar habe schon gesagt, ein lebender Hund sei besser als ein todter Löwe, aber man wolle die Behauptung aufstellen, das Umgekehrte sei richtig. Mr. R. Lowe hält es mit Salomo und ist der Ansicht, es sei nicht das Klügste, sich vor Allem den Sprachen zuzuwenden, die nicht mehr Anwendung finden.

— Schöner Vergleich. Eine Dame behauptet, ihr Mann sei wie ein Talglicht, denn er rauche immer, wenn er ausgehe.

— Zwei gute Antworten. Obschon Dr. Richie von Edinburgh ein sehr gelehrter Mann war, fand er doch einst seinen Mann. Als er einen Studenten über seine Studien befragte, sagte er: „Und Sie studirten Mathematik?

Jawohl.

Wie viele Seiten hat ein Kreis?

Zwei, sagte der Student.

Welches sind diese?

Welch ein Gelächter erscholl in dem Auditorium, als der Student sagte: Eine Innen- und Außenseite.

Sie studiren auch Moral-Philosophie?

Jawohl.

Nun, Sie hörten Vorlesungen über verschiedene Gegenstände des Wesens. Hörten Sie je eine über eine Ursache und eine Wirkung?

Jawohl.

Geht je eine Wirkung einer Ursache voran?

Ja.

Geben Sie mir ein Beispiel.

Ein Mann, der einen Schubkarren führt.

Der Doktor setzte sich und fragte nicht weiter.

— Mißverständniß. Sie, was kostet denn ein Pfund Zucker?

Achtundzwanzig Kreuzer Konventionsmünze, aber im Hut ist es wohlfeiler!

No — jetzt — Hut habe ich keinen da, aber sein's so gut und geben's mir ein Pfund in meine Mützen!

— Ein guter Grund. Bei dem Rechtsanwalt Zwiebel erscheint ein ehrlicher Bauersmann von Schauhausen, theilt ihm mit, daß er heute in der und der Prozeßsache vor Gericht geladen sei und bittet, ihn dorthin als Rechtsbeistand zu begleiten. Der Herr Rechtsanwalt hat aber gerade sehr wichtige und pressante Geschäfte und daher wenig Lust, diese zu unterbrechen, um mit dem Bauern wegen seiner Bagatellsache vor das Amt zu gehen. Er stellt daher dem Bauer vor, die Sache sei ja so einfach, daß er sie ganz gut allein und ohne Advokaten besorgen könne.

Noi, noi, Herr Doktor, erwiderte darauf der Bauer, ganget Sie no mit, ma hot vor Geriacht alei en viel graißere Abscheu vor oim, wenn so a Herr mitkommt.

Telegraphische Depeschen.

Braunschweig, 15. Februar. Landtag. Vor Annahme des Regentschaftsgesetzes erklärte der Staatsminister Schulz betreffs der auf den Herzog von Cumberland bezüglichen Bemerkungen des Kommissionsberichts, daß die Staatsregierung im Laufe der Verhandlungen keine Veranlassung gehabt habe, sich darüber zu äußern, da Erörterungen über die Thronberechtigungsfrage außerhalb des Zweckes und Inhalts dieses Gesetzes lägen. Somit wäre die Acception des Einverständnisses der Landesregierung auf Grundlage gedachter Bemerkung des Kommissionsberichtes gegenstandslos. Die Kommissions-Mitglieder Bode und von Cramm äußerten sich mit dem Staatsministerium dahin einverstanden, daß die Thronberechtigungsfrage hier nicht in Betracht komme. Hierauf erfolgte, wie gemeldet, auf Antrag des Abg. Baumgarten die einstimmige Enbloc-Annahme des Entwurfs.

München, 15. Februar. Die zweite Kammer hat heute den Gesetzentwurf betreffend die Besteuerung des Gewerbetriebes im Umherziehen nach längerer General- und Spezial-Diskussion mit einigen unwesentlichen Abänderungen des Tarifs nach dem Antrage des Ausschusses mit 131 gegen 6 Stimmen angenommen. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch statt.

Wien, 15. Februar. Morgen soll offiziell folgende Ministerliste publizirt werden: von Stremayr, Minister-Präsident, Graf Taaffe, Minister des Innern, die übrigen Minister bleiben im Amte mit Ausnahme des Fürsten Auersperg und des Ministers von Unger, welche aus dem Ministerium ausscheiden.

Pest, 15. Februar. Das Kabinet Stremayr-Taaffe wird hier als ein Kunstgriff betrachtet, damit Taaffe unter der Firma Verfassungspartei oder Reichsrath eine Mehrheit für die Besetzungspolitik schaffe.

Pest, 15 Februar. Abgeordnetenhaus. In Beantwortung der gestern eingebrachten Interpellation in Betreff des Artikels V. des Prager Friedens erklärte der Minister-Präsident Tisza: Wie bisher in dem Hause schon oft gesagt worden, sei es nicht jede einzelne Aktion des auswärtigen Amtes, sondern die ganze Richtung der auswärtigen Politik, auf welche der ungarische und der österreichische Minister-Präsident Einfluß beanspruchten, und bezüglich welcher sie zur Rechenschaft gezogen werden könnten. Was indessen diesen speziellen Fall betreffe, so habe er von demselben seit längerer Zeit Kenntniß und habe demselben als solchen, dessen Richtung und Zweck er nur billigen könnte, a priori und a posteriori bereitwilligst zugestimmt. Denn der Sinn des Ganzen sei der, daß die Monarchie dem großen Nachbarstaate gegenüber auf eine Bestimmung verzichte, welche sie, wie die verflossenen 12 Jahre beweisen, ohnehin nicht zur Geltung bringen wollte. Er glaube, daß die Forderung eines Gegendienstes weder am Platze, noch an der Zeit gewesen wäre, denn, wenn eine Macht, mit der Oesterreich-Ungarn in Freundschaft lebe, die Annullirung einer Klausel wünschte, deren Erhaltung durchaus nicht in Oesterreich-Ungarns Interesse lag, in Zukunft aber Unannehmlichkeiten verursachen könnte, so hätte man hierfür als Gegendienst etwas Anderes als die festere Gestaltung des guten nachbarlichen Verhältnisses weder wünschen, noch erwarten, noch fordern können. Soviel er wisse, kenne man auch in Frankreich die Gesinnungen der österreichisch-ungarischen Monarchie Frankreich gegenüber viel zu gut, als daß bei den Franzosen selbst ein Verdacht entstehen könnte. Er wisse, daß Männer der französischen Republik es schwerlich übel nehmen würden, wenn aus dem Vertrage eine Stipulation weggelassen werde, welche seiner Zeit weder der Wunsch Frankreichs, noch Deutschlands, noch Oesterreichs, noch Dänemarks war, sondern der direkte und persönliche Wunsch des damals die Rolle eines Vermittlers spielenden Napoleons III. (Zustimmung rechts) Und so könne immer vorausgesetzt werden, daß kein solcher Vertrag vorhanden sei. Was die Unterbreitung des Vertrages betreffe, so habe er schon erklärt, daß der Vertrag, wie dies schon seit dem Jahre 1867 mit allen, keine Verpflichtung und Belastung enthaltenen Verträgen geschehe, im Amtsblatte veröffentlicht werden werde. Bevor er das Haus ersuche, seine Aufklärung zur Kenntniß zu nehmen, bitte er allen hier kundgegebenen weltbürgerlichen Ideen gegenüber zu erwägen, ob es gerade die österreichische Monarchie und speziell Ungarn sei, in deren Interesse die Aufrechterhaltung des Prinzips des Plebiscits nach Volksstämmen liege (Lebhafte Zustimmung rechts) er glaube nicht. Und da auch dieser Gesichtspunkt die Annullirung der fraglichen Klausel rechtfertige, so ersuche er das Haus, seine Antwort zur Kenntniß zu nehmen. Nach einigen Bemerkungen Helfy's und Pazmandy's und kurzen Gegenbemerkungen Tisza's wird die Antwort zur Kenntniß genommen.

Petersburg, 15. Februar. Wie die „Agence Russe" meldet, ist der russisch-türkische Friedensvertrag von dem Sultan ratifizirt worden. Man erwartet anläßlich des Friedensschlusses demnächst das Erscheinen eines kaiserlichen Manifestes.

Bukarest, 15. Februar. In dem Proteste Rußlands gegen die von der rumänischen Regierung beschlossene Quarantäne wird die Nothwendigkeit eines freien Durchzuges durch die Dobrudscha, als ein besonders wichtiger Punkt hervorgehoben. Man glaubt, daß Rußland bei einer Einigung über diese Frage sich begnügen werde. Eine Entschließung der rumänischen Regierung liegt noch nicht vor.